



**Gesellschaft für Nachhaltigkeit,
Neue Umweltökonomie und
nachhaltigkeitsgerechtes Umweltrecht e.V.**

c/o Prof. Dr. H. Rogall, Zehntwerderweg 124 a, 13469 Berlin,
Tel. (030) 402 13 56, E-Mail: H.Rogall@t-online.de, www.GfN-online.de



Berliner Thesen zur Nachhaltigkeit

„Perspektiven Deutsch-Polnischer Nachhaltigkeitspartnerschaft im Europäischen Haus“

Präambel

Die Unterzeichner halten eine konsequente Nachhaltigkeitspolitik für dringend geboten. Ausgangspunkt hierfür ist die Überzeugung, dass die derzeitige Entwicklungs- und Wirtschaftsweise der Menschheit nicht zukunftsfähig ist. Sie gehen davon aus, dass die Belastung der natürlichen Lebensgrundlagen durch die Übernutzung der natürlichen Ressourcen und die Freisetzung von Schadstoffen ein Ausmaß angenommen hat, das die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit bedroht. Klimaveränderung, Abbau der Ozonschicht, Vergiftung und Verlärmung der Biosphäre sowie der Verlust biologischer und landschaftlicher Vielfalt sind Erscheinungsformen der permanenten Übernutzung der natürlichen Ressourcen und der Nichtbeachtung der Tragfähigkeitsgrenzen der Ökosysteme. Der Millenniums-Bericht des UN-Generalsekretärs hat hierzu richtig zum Ausdruck gebracht, dass die Herausforderung der Nachhaltigkeit unsere heutigen politischen Konzepte übersteige, dass die Politik zu wenig tue und das Wenige zu spät. ES IST DESWEGEN ZEIT FÜR NEUE INITIATIVEN.

Nachhaltige Entwicklung

Die Teilnehmer verstehen eine nachhaltige Entwicklung wie folgt:

"Eine nachhaltige Entwicklung strebt neben der internationalen Gerechtigkeit für heutige und künftige Generationen hohe ökologische, ökonomische und sozial-kulturelle Standards im Rahmen der Tragfähigkeit der Umwelt an."

Aus dieser Definition einer nachhaltigen Entwicklung ergeben sich drei Konsequenzen:

Erstens strebt eine nachhaltige Entwicklung nicht eine einfache Verstärkung der traditionellen nachsorgeorientierten Umweltpolitik an, sondern sie umfasst alle zentralen Bereiche des menschlichen Lebens. Für den wirtschaftlichen Bereich bedeutet sie nicht weniger als den Umbau der wirtschaftlichen Abläufe und Strukturen, im Sinne einer Ökonomie für eine nachhaltige Entwicklung oder eine nachhaltige Ökonomie. Oder anders formuliert: Eine zukunftsfähige Entwicklung zielt auf einen neuen Gesellschaftsentwurf ab, der die bekannten Politikbereiche einer sozialen Demokratie beinhaltet (Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, Bau- und Wohnungspolitik, Bildungs- und Wissenschaftspolitik, Gesundheits- und Sozialpolitik), aber die Umsetzung dieser Ziele derart gestaltet, dass sie dauerhaft aufrecht zu erhalten sind.

Zweitens wird durch die verwendete Definition deutlich, dass eine nachhaltige Entwicklung nicht eine freudlose Gesellschaft in einer wie auch immer gearteten Öko-Diktatur anstrebt, sondern eine Gesellschaft, in der durch die Setzung von politisch-rechtlichen Rahmenbedingungen die Freiheit und Lebensqualität für alle heutigen und künftigen Generationen gesichert wird.

Drittens kann eine gleichgewichtige *Abwägung* zwischen den ökologischen, ökonomischen und sozial-kulturellen Zielen, wie sie in der sog. *Drei-Säulen-Theorie* verfolgt wird, nur innerhalb „ökologischer Leitplanken“, einer „Fahrrinne“ bzw. den *Naturschranken* erfolgen. Diese absolute Grenze der natürlichen Lebensgrundlagen ergibt sich aus der Tatsache, dass die Frage der Schaffung und gerechten Verteilung von Gütern von jeder Generation neu zu entscheiden ist. Veränderung des Klimas, Zerstörung der Ozonschicht, Vergiftung der Böden, ausgestorbene Arten usw. würden aber diese Freiheit unzulässig einschränken, da sie nicht in akzeptablen Zeitspannen rückgängig gemacht werden können. Weiterhin stellen intakte Naturgrundlagen eine notwendige Bedingung für das menschliche Leben und Wirtschaften dar. Dabei kommt der ökologischen Dimension – und damit auch der Umweltpolitik – eine Schlüsselrolle zu, denn die natürlichen Lebensgrundlagen begrenzen die Umsetzungsmöglichkeiten anderer Ziele (Umwelt als limitierender Faktor). Die natürlichen Voraussetzungen des Lebens auf der Erde sind nicht verhandelbar.

Wir empfehlen, diese Definition und ihre Konsequenzen in alle Nachhaltigkeitsstrategien aufzunehmen (Landes-, Bundes- und Kommunalebene, Organisationen der Bürgergesellschaft).

Akteure einer nachhaltigen Entwicklung

Die Unterzeichner vertreten die Meinung, dass eine nachhaltige Entwicklung ein gesellschaftlicher Prozess ist, bei dem alle gesellschaftlichen Akteure (Bürgergesellschaft, Wirtschaft, Politik, Wissenschaft u. a.) in einer globalen Verantwortung stehen. Sie sind aber auch davon überzeugt, dass sich die Wirtschaftsakteure, aufgrund der bekannten sozial-ökonomischen Faktoren ohne eine Änderung der Rahmenbedingungen auch künftig nicht nachhaltig verhalten werden. Damit sehen wir eine grundlegende Veränderung der politisch-rechtlichen Rahmenbedingungen als unabdingbare Voraussetzung für die Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklung.

Die Unterzeichner verpflichten sich, auf die Umsetzung der Berliner Thesen zur Nachhaltigkeit hinzuwirken.

Berlin, den 08.10.2005

Prof. Dr. Stefan Klinski, GfN, FHW Berlin	Prof. Dr. Tadeusz Borys, Jelenia Gora
Prof. Dr. Rolf Kreibich, IZT Berlin	Prof. Dr. Irena Jedrzejczyk, Katowice
Prof. Dr. Holger Rogall, GfN, FHW Berlin	Prof. Dr. Eugeniusz Kosmicki, Poznan
Dr. H. Diefenbacher, FEST Heidelberg	Dr. hab. Andrezej Graczyk, Wroclaw
Dr. Norbert Kopytziok, Berlin	Dr. Darius Kielczewski, Bialystok
Antje Gericke, FHW Berlin	Mrg. Ing. Tomasz Proskrobko, Wroclaw
Marisa Kühndel, FHW Berlin	Justyna Dyduch, Krakow
Stefan Marien, Transfer 21 Berlin	
Jochen Mayer, GfN, FHW Berlin	
Gudrun Pinn, GfN Berlin	
Silvia Treschau, FHW Berlin	
Marta Wachowiak, FEST Heidelberg	



Angestrebte Kooperationsformen zur Umsetzung der Berliner Thesen

Die Unterzeichner der Berliner Erklärung vom 8.10.2005 sehen sich in einer besonderen Verantwortung. Sie wollen daher gemeinsam Beiträge für die Entwicklung und Durchsetzung der notwendigen Instrumente und Strategien erarbeiten.

Hierzu werden die folgenden Arbeitsformen angestrebt:

- Organisation von gemeinsamen Veranstaltungen, wie Workshops und Kongressen,
- Initiierung und Teilnahme an gemeinsamen Forschungsprojekten,
- Vermittlung von nachhaltigkeitsrelevantem Wissen durch Vorträge, Publikationen und Medien,
- Aufbau eines Informations- und Kommunikationsnetzwerkes zwischen Studenten und Wissenschaftlern sowie Experten und Praktikern aus Politik, Wirtschaft und Bürgergesellschaft,
- Darstellung der Grundlagen und Bedingungen der Nachhaltigkeit, einer nachhaltigen Ökonomie und des Umweltrechts (wechselseitige Verlinkung und Veröffentlichungen im Internet),
- Austausch und Kooperation (national und international) mit Menschen und Vereinigungen, die die gleichen Ziele verfolgen.

Berlin, den 08.10.2005

Erstunterzeichner

Prof. Dr. Stefan Klinski, GfN, FHW Berlin	Prof. Dr. Tadeusz Borys, Jelenia Gora
Prof. Dr. Rolf Kreibich, IZT Berlin	Prof. Dr. Irena Jedrzejczyk, Katowice
Prof. Dr. Holger Rogall, GfN, FHW Berlin	Prof. Dr. Eugeniusz Kosmicki, Poznan
Dr. H. Diefenbacher, FEST Heidelberg	Dr. hab. Andrezej Graczyk, Wroclaw
Dr. Norbert Kopytziok, Umweltwissenschaftler	Dr. Darius Kielczewski, Bialystok
Antje Gericke, FHW Berlin	Mrg. Ing. Tomasz Proskrobko, Wroclaw
Marisa Kühndel, FHW Berlin	Justyna Dyduch, Krakow
Stefan Marien, Transfer 21	
Jochen Mayer, GfN, FHW Berlin	
Gudrun Pinn, GfN	
Silvia Treschau, FHW Berlin	
Marta Wachowiak, FEST Heidelberg	

